

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Hamid Karzai offiziell zum Wahlsieger der Präsidentschaftswahl erklärt

Am 10. November 2004 wurde Hamid Karzai offiziell durch den Vorsitzenden der afghanischen Wahlkommission zum Sieger der ersten Präsidentschaftswahl vom 9. Oktober 2004 erklärt. Auf Hamid Karzai entfielen im ersten Wahlgang 55,4 Prozent der gültigen Stimmen (s. die Tabelle). Diese Erklärung folgte zum Abschluss einer Sitzung von UN-Wahlbeobachtern, die Unregelmäßigkeiten bei der Wahldurchführung und Vorwürfe von 15 Karzai-Konkurrenten beraten hatte. Die Kritiker hatten zuvor damit gedroht, die gesamte Wahl wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten anzufechten, diese Forderung nach der Einrichtung einer unabhängigen UN-Wahlkommission aber wieder zurückgezogen. (vgl. den Bericht von J. Heller in dieser Ausgabe). In Presseberichten wird aus dem UN-Kommissionsbericht zitiert, dass es zwar zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein, dass diese aber den Wahlverlauf nicht entscheiden beeinflusst hätten. Laut der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission sei es aber problematisch, dass in der UN-Kommis-

sion nur Ausländer und keine Afghanen beteiligt waren. Schließlich wurde auch Kritik an internationalen Einrichtungen und deren Personal geäußert.

Unmittelbar nach der offiziellen Verkündung des Wahlausgangs erhielt Karzai Gratulationen von Regierungschefs der internationalen Staatengemeinschaft, so vom britischen Premierminister Tony Blair und Bundeskanzler Gerhard Schröder, der wegen seines Kabulbesuchs einen Monat zuvor in die Kritik geraten war (s. separate Meldung).

Beobachter der Präsidentschaftswahl bleiben aber weiterhin skeptisch, ob die zumindest weitgehend gewaltfrei und unabhängig verlaufene Präsidentschaftswahl schon einen entscheidenden Schritt zur Demokratisierung des Landes darstellt. Auch die hohe Wahlbeteiligung dürfe nicht überinterpretiert werden, da außerhalb der großen Städte meist lokale Führer oder gar die *Warlords* die für die Menschen faktisch verbindliche Wahllosung ausgegeben hatten.

Drei UN-Mitarbeiter in Kabul entführt

Am 28. Oktober 2004 wurde in Kabul ein UN-Fahrzeug auf einer belebten Straße mit Waffengewalt gestoppt und drei UN-Mitarbeiter entführt. Sie waren bei der Vorbereitung und Durchführung der afghanischen Präsidentschaftswahl eingesetzt. Zunächst wurden von der Taliban-nahen Gruppe *Jaisb-e-Mohammed* (Armee Mohammads) mehrfach Ultimaten zur Freilassung der Entführten verkündet und schließlich mit geringeren Forderungen erneuert. Statt zuerst 26 wurde später die Freilassung von 15 Taliban aus US-Haft gefordert. Dies führte letztlich zur Stellungnahme der afghanischen Regierung, wonach die drei Entführten nicht von Islamisten oder den Taliban sondern von Kriminellen, „Räubern“, festgehalten würden. Demgegenüber soll ein Sprecher der *Jaisb* laut Agenturberichten aber Mitte November bestätigt haben, dass die UN-Mitarbeiter in ihrer Hand seien. Das letzte Lebenszeichen der Entführten war ein Telefonanruf von zweien in der ersten Novemberwoche.

Taliban bekennen sich zu Polizistenmord

Bei dem heftigsten Angriff gegen die afghanische Polizei seit den Präsidentschaftswahlen vom 9. Oktober 2004 wurden bei einer Explosion in der zentralafghanischen Provinz Uruzgan vier Polizisten getötet, fünf weitere Personen wurden verletzt. Als Ursache gaben lokale Stellen eine Bombe am Straßenrand an, andere Quelle wiederum eine Landmine. Nach Presseberichten übernahmen die Taliban die Verantwortung für diesen Anschlag.

Botschaft von Mullah Omar

Zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan wurde in einer afghanischen Agenturmeldung eine zweiseitige Botschaft des Talibanführers Mullah Omar bekannt. Darin ruft er zum Kampf für Afghanistans Unabhängigkeit auf. Die Talibanpolitik strebe dabei nicht nach Macht und Kontrolle, dies hätten die Taliban im Jahr 2001 auch durch Verhandlungen mit den USA erreichen kön-

nen, so die Meldung. Zusammen mit der Verurteilung der USA sowie der Übergangsregierung von Hamid Karzai versprach Omar, dass er Afghanistan nicht dem schamvollen Niedergang preisgeben wolle. Das im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet vermutete Versteck des Talibanführers wurde bislang noch nicht ausfindig gemacht.

... Im Überblick

US-Offensive gegen Drogenhandel angekündigt

Nachdem die Präsidentschaftswahlen abgeschlossen sind, konzentriert sich die US-amerikanische Politik in Afghanistan auf ein neues Ziel: die Bekämpfung des Mohnanbaus und des Drogenhandels. Für das neue US-Finanzjahr wurden nach Presseberichten 780 Millionen US-Dollar für ein neues Programm bereitgestellt. Diese Ankündigung erfolgte just vor der erwarteten Präsentation neuerer Zahlen zum Drogenhandel durch die Vereinten Nationen. Laut Robert Charles, dem zuständigen Unterstaatssekretär der US-Regierung wird die Anti-Drogenpolitik das wichtigste Ziel der Afghanistanpolitik sein. Gemeinsam mit Großbritannien und der afghanischen Übergangsregierung soll die aggressive Bekämpfung des Mohnanbaus flankiert werden durch eine Informationskampagne, eine bessere Kontrolle und Umsetzung von Recht und Ordnung sowie – entscheidend für Charles – auch durch wirtschaftliche Alternativen für die Mohnbauern.

Auch wenn Charles laut Presseberichten keine neue Sicherheitsdoktrin für Afghanistan als notwendig erachtet, stellt er dennoch eine schrittweise Strategie vor, die in sicheren Regionen beginnen werde, in denen die Drogenbekämpfer sicher arbeiten könnten. Begründet wird diese Kampagne unter anderem mit den Schwächen früherer Programme sowie dem geschätzten Ausmaß der Drogenproduktion – rund 75 Prozent des weltweiten Schlafmohnanbaus sind demnach in Afghanistan konzentriert und gegenüber dem Vorjahr wird eine um 40 Prozent gesteigerte Rohopiumernte erwartet – sowie dem weit verzweigten Drogenhandel, mit dem auch der Terrorismus und die politische Korruption finanziert werden (vgl. SÜDASIEN 4/2003).

NATO erwägt erweiterten Einsatz in Afghanistan

Ende Oktober 2004 wurde der Nato-General James Jones zitiert, wonach alle NATO-Verbände in Afghanistan unter ein gemeinsames Kommando gestellt und noch vor den Parlamentswahlen im April 2005 um rund 1.000 Soldaten ergänzt werden sollen. Die endgültige Verstärkung werde aber von den Zusagen der Mitgliedsländer abhängen.

Seit 2003 ist die NATO zuständig für die 9.000 Soldaten der so genannten ISAF-Friedenssicherungstruppe. Von afghanischer Seite wurde zudem wiederholt die Ausweitung des ISAF-Mandates auch für Regionen außerhalb Kabuls und einigen Gebieten im Norden gefordert. Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs haben diesen Plänen – und insbesondere der Integration auch der US-Anti-Terror-Kampfverbände – bislang aber widersprochen, und wollen die Wiederaufbauaktivitäten nicht unter ein gemeinsames NATO-Kommando stellen.

Iranische Flüchtlingspolitik

Nach aktuellen Presseberichten versucht der Iran durch verschiedene Mittel die Ankündigung wahr zu machen, dass in den nächsten 18 Monaten alle noch verbliebenen afghanischen Flüchtlinge – eine Million Menschen – das Land verlassen sollen. So wurde im Jahr 2004 erstmalig ein Schulgeld für afghanische Schüler erhoben. Schulunterricht ist demnach für ärmere afghanische Familien nur in Koranschulen möglich. Auch andere öffentliche Dienstleistungen würden den Flüchtlingen nach und nach vorenthalten, so ein Pressebericht.

Die Situation für afghanische Flüchtlinge wurde dadurch erschwert, dass zugleich der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) Zuschüsse für die Afghanen im Iran gestrichen hatte. Laut UNHCR hätte der Betrag von rund acht US-Dollar pro Kind nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten abgedeckt. Diese Hilfsgelder sollten dann nicht für staatliche Schulgebühren ausgegeben werden. Letztlich wird beim UNHCR erwogen, ob nicht Rückkehrhilfen für die Flüchtlinge sinnvoller sind.

Schröder-Besuch in Kabul

Zum Abschluss einer Südasienreise besuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 11. Oktober 2004 auch für eine sechsstündige Stippvisite Kabul und machte neben Besuchen bei deutschen Einrichtungen und Projekten sowie der Bundeswehr einzig dem Übergangspräsidenten Karzai seine Aufwartung. Dieser Besuch war vor allem als Ausdruck der deutschen Unterstützung für

den demokratischen Aufbauprozess in Afghanistan gedacht.

Allerdings geriet Schröder ins Kreuzfeuer der Kritik, da er zwei Tage nach der Wahl nur Hamid Karzai besuchte. Dies galt in den Augen der Karzai-Konkurrenten als Ausdruck der deutschen Unterstützung Karzais und somit als Einmischung in den noch nicht abgeschlossenen Wahlprozess.